31. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/ Die Grünen in Rostock

Antragssteller/innen: Jeyaratnam Caniceus u.a.

Genfer Konventionen in Sri Lanka achten und einhalten

Die Genfer Konventionen sind das Rückgrat des Völkerrechts. Sie sollen selbst im Falle eines Krieges humanitäre Mindeststandards setzen und vor allem die Zivilbevölkerung schützen. Heute, 60 Jahre nach der Ratifizierung, haben die vier Genfer Konventionen für Sri Lanka keine Bedeutung mehr. Zum 60. Jahrestag der Verabscheidung der Genfer Konventionen hinterlässt das Humanaitäre Völkerrecht eine gemischte Bilanz. Wenn die geltenden Regeln stärker befolgt würden, hätte viel Leid im bewaffneten Konflikt in Sri Lanka vermeiden werden können.

194 Staaten haben die vier Konventionen und ihre Zusatzprotokolle , die am 12 Augst 1949 unterzeichnet wurden, ratifiziert. Sie regeln, wie Gefangene, Verwundete und Zivilisten in Konflikten zu schützen sind. Doch das oberste Gebot der Konventionen, die Menschlichkeit fand in Sri Lanka keine Bedeutung.

Positiv ist aus der Sicht der Roten Kreuzes, dass viele Verletzungen der Genfer Konventionen nicht mehr geduldet werden. Die Verantwortlichen werden für ihre Taten zunehmend zur Rechenschaft gezogen. Dies muss auch in Sri Lanka der Fall werden.

Angesicht der immer noch dramatische Lage im tamilischem Gebiet fordern Bündnis 90/ Die Grünen:

- Die neue Bundesregierung muss sich für die sofortige Einhaltung der Genfer Konventionen in Sri Lanka, vor allem was die Behandlung von Gefangenen und Rebellen durch die srilankische Armee angeht, einsetzen.

- Die neue Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Verletzungen des Völkerrechts in Sri Lanka durch Regierung, Paramilitärs und Rebellen entsprechend den Richtlinien des Den Haager Tribunals verfolgt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

- Die neue Bundesregierung muss bei der Erteilung von Einreisevisa für srilankische Regierungs-, Militär- oder Botschaftsangehörige deren mögliche Verwicklungen in Kriegsverbrechen und / oder zu erwartende Anklagen vor dem Kriegsverbrechertribunal berücksichtigen und gegebenenfalls Visa verweigern oder entziehen.

- Die neue Bundesregierung muss angesichts massiver Vorwürfe von Grausamkeiten gegenüber der tamilischen Zivilbevölkerung (Video im britischen Sender Channel 4 vom 26.08.) ein bundesweites vorläufiges Bleiberecht, beziehungsweise ein bundesweites Abschiebeverbot erlassen.